



Nr. 311 | 16.05.2023

Polen-Analysen

Korruption in Polen

■ ANALYSE	
Der Staat unter der Regierung von Recht und Gerechtigkeit – ein Staat des Zentralismus, Etatismus und der »grand corruption«	2
Grzegorz Makowski, Wirtschaftshochschule (SGH), Warschau	
■ UMFragen	
Meinungen zu Korruption in ausgewählten Ländern der EU	10
■ CHRONIK	
18. April – 15. Mai 2023	18

Der Staat unter der Regierung von Recht und Gerechtigkeit – ein Staat des Zentralismus, Etatismus und der »grand corruption«

Grzegorz Makowski, Wirtschaftshochschule (SGH), Warschau

DOI: 10.31205/PA.311.01

Zusammenfassung

Die Regierungskoalition der Vereinigten Rechten (*Zjednoczona Prawica*) hat die Rechtsstaatlichkeit in Polen abgebaut und setzt ihre Vorstellungen um, wie der Staat zu funktionieren hat. Die vorangetriebene zentralistische Umgestaltung beschneidet die Kommunen immer stärker in ihrer Autonomie und widerspricht dem Subsidiaritätsgedanken. Mit ihr geht die fortschreitende Einmischung des Staates in die Wirtschaft sowie andere Bereiche des (zivilgesellschaftlichen) Lebens einher. Begleiterscheinungen dieser Entwicklungen sind Klientelismus und Korruption auf höchster Ebene, die vom Regierungslager jedoch nicht ausreichend bekämpft werden. Mehr noch, sie werden zum Bestandteil des politischen Systems.

U nter der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) stürzte Polen in eine Krise der Rechtsstaatlichkeit. Die Teilung und gegenseitige Kontrolle der Gewalten – der Regierung, des Parlamentes und der Justiz – verschwinden. Die Exekutive hält zunehmend mehr Macht in ihren Händen. Anstatt ein Ort der Debatte über inhaltliche Entscheidungen, Zielsetzungen und die Wege, sie zu realisieren, zu sein, wurde der Sejm zu einer unreflektierten Abstimmungsmaschine für die von der Regierung eingebrachten Gesetze. Allein die Abgeordneten der Opposition und des Senats (in dem seit 2019 die Opposition die Mehrheit hält) bemühen sich, eine kontrollierende Funktion auszuüben. Fast alle zentralen Institutionen des Staates wie das Verfassungstribunal (*Trybunał Konstytucyjny*), die Polnische Nationalbank (*Narodowy Bank Polski – NBP*) oder der Landesrundfunk- und Fernsehrat (*Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji – KRRiT*) sind ebenfalls der regierenden Partei untergeordnet. Die Regierung greift immer ausufernder nach den Ressourcen und Kompetenzen der kommunalen Behörden. Sie schwächt ihre Autonomie und finanziellen Möglichkeiten und bietet ihnen zunehmend Gelder an, die auf intransparente Art und Weise aus den zentral verwalteten Fonds vergeben werden. Damit entfernt sich die Regierung vom verfassungsmäßigen Prinzip der Subsidiarität und betreibt den Aufbau klientelistischer, korruptionsanfälliger Beziehungen zwischen dem Zentrum und den lokalen politischen Vertretern. Ähnlich wird mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen verfahren.

Die *PiS* vertieft auch den von ihr betriebenen Etatismus. Die vom Staat gehaltenen Unternehmen sind nicht nur reichhaltige Pfründe für die Regierungstreuen, sondern ihre Ressourcen werden auch dafür eingesetzt, Partikularinteressen der Regierungspartei zu realisieren, z. B. in Form von Wahlkampfunterstüt-

zung. Gleichzeitig trägt der auswuchernde Staat in seiner Zentralismus- und Etatismusgebärde nicht dazu bei, die Umsetzung der Regierungstätigkeit zu verbessern. Er ist reaktiv. Das Regierungslager hat nicht die Fähigkeit des strategischen Denkens. Anstatt seine wesentliche Verwaltungsressource, den öffentlichen Dienst, zu stärken, eignet er sich diesen parteipolitisch an und besetzt ihn entsprechend. So wird das Feld für Inkompetenz, behördlichen Missbrauch und Korruption erweitert. Schlüsselentscheidungen werden immer häufiger intransparent und informell getroffen, und zwar auf der Parteebene und nicht auf der Ebene der Regierung oder anderer staatlicher Organe. Die Machthaber sind nicht an einem Dialog mit den Bürgern und ihrer Teilhabe an der Gesetzgebung und anderen Entscheidungsprozessen interessiert.

So bereitet man den Boden für die *grand corruption*, die Korruption auf höchster Ebene. Sie betrifft vor allem die Eliten aus den Bereichen Politik, Verwaltungsbehörden und Wirtschaft. Verankert im institutionell-rechtlichen System, beruht sie auf Partikularismus, d. h. der Verteilung der staatlichen Ressourcen – die prinzipiell allen gleich zugänglich sein sollten – in einer Weise, die das Regierungslager und die mit ihr verbundenen Interessengruppen bevorzugt.

In einem Staat der *grand corruption* befasst sich die parteipolitisch instrumentalisierte Staatsanwaltschaft nicht mit Machtmissbrauch an der Spitze. In einem solchen Staat wird der Zugang zu öffentlichen Informationen beschränkt und das Prinzip der Kontrolle der Staatsbeamten verschwindet. Dagegen werden zu den wichtigsten Grundsätzen des Regierens die von einer Person ausgehende parteipolitisch geprägte Entscheidungsfindung, die Aufweichung von Kompetenzen, die Institutionalisierung und die Strafflosigkeit. In einem solchen Staat wird die Korruption nicht beschränkt, sondern für den politischen Kampf gegen die Opposition

eingesetzt, aber auch gegen die Feinde im eigenen Lager. Hier wird nach der Methode verfahren, diesen etwas anzuhängen, um ihre politische Loyalität zu erzwingen.

Der Rückfall in den Zentralismus trifft die Kommunen

Die Zentralisierung zielte vor allem auf die kommunale Selbstverwaltung (Kreise, Städte und Gemeinden). Die Regierungskoalition der Vereinigten Rechten (*Zjednoczona Prawica*) unternahm viele Maßnahmen mit dem Ziel, die Selbstverwaltung auszuhöhlen, ähnlich wie es bereits bei den staatlichen Schlüsselinstitutionen (Verfassungstribunal, Landesjustizrat, Landesrundfunk- und Fernsehrat, öffentlicher Dienst) der Fall ist. Mit dieser Umwandlung des rechtlichen Systems sollen der Kommune die Autonomie und die Möglichkeit genommen werden, Lokalpolitik zu betreiben, damit sie ein weiterer Handlanger der Regierung wird.

Diese Logik kam beispielsweise darin zum Ausdruck, wie die Regierung die Kommunen während der COVID-19-Pandemie bei der Erarbeitung und Umsetzung der Anti-COVID-Politik gängelte – trotz vieler Appelle, dezentral zu handeln und den Kommunen mehr Autonomie, Kompetenzen und Mittel zu gewähren, damit sie in größerer Selbständigkeit die Pandemie vor Ort bekämpfen können. Die öffentliche Meinung nahm dennoch gerade die Kommunen als die – im weiten Sinne staatlichen – Institutionen wahr, die am besten mit der Krise zurechtkamen, während die Regierung das genaue Gegenteil darstellte. Die Zentralregierung bot den Kommunen nicht nur keine ausreichende Unterstützung beim Kampf gegen die Pandemie an, sondern schwächte sie sogar, indem sie ihre Ressourcen übernahm und dies mit zweifelhaften Sachargumenten begründete. Ein einschlägiges Beispiel für solche Praktiken war, dass den Landkreisen gleich nach dem ersten Lockdown der Einfluss auf die Besetzung der Stellen der Sanitätsaufsichtsbehörde auf Kreisebene genommen wurde. Schon nach wenigen Monaten zeigte sich, wieviel schwieriger es dadurch wurde, auf die Krise zu reagieren.

In der Mehrheit der Fälle beruhen die Maßnahmen, die die Kommune schwächen, darauf, dass schrittweise und indirekt (seltener direkt) ihre Kompetenzen und Ressourcen beschnitten werden. Deutliche Beispiele für die Zentralisierung sind hier der geradezu drastische Anstieg von Aufsichtsentscheidungen und Übergangsverfügungen der von der Regierung eingesetzten Woiwoden gegenüber den Kommunen. Während es im Jahr 2014 knapp 2.000 waren, stieg die Anzahl in den folgenden Jahren sukzessiv und lag 2019 bei fast 3.000. Hier zeigt sich der politische Interventionismus des Zentrums bei lokalen Angelegenheiten, die doch im Handlungsbereich der lokalen Institutionen bleiben sollten.

Die Zentralisierung vollzieht sich auch im finanziellen Bereich. Ein Ergebnis ist, dass der Anteil der zweckgebundenen Zuwendungen im Budget der Kommunen wächst. Während er im Jahr 2013 auf Gemeindeebene bei etwas über 20 Prozent lag, waren es Ende 2020 bereits mehr als 35 Prozent. Gleichzeitig verringert sich u.a. infolge von Änderungen im Steuersystem (z. B. Senkung der Einkommensteuersätze, Befreiung der unter 26-Jährigen von der Einkommensteuer) seit Jahren sukzessiv der Anteil der Einnahmen aus Einkommen- und Unternehmensteuer in den Haushalten der Kommunen. Zusätzlich sinken auch die eigenen Einnahmen der Kommunen.

Die Zentralisierung der Zivilgesellschaft

Im Jahr 2017 gründete die Regierung das Nationale Freiheitsinstitut – Zentrum zur Entwicklung der Zivilgesellschaft (*Narodowy Instytut Wolności – Centrum Rozwoju Społeczeństwa Obywatelskiego – NIW – CRSO*). Allein sein Name gibt zu denken und wirft die Frage auf, warum die Zentralregierung die Zivilgesellschaft entwickeln soll.

Im Rahmen des *NIW – CRSO* wurden einige zentral verwaltete Fonds eingerichtet, die über ein Jahresbudget von 100 bis 170 Millionen Zloty verfügen. Aufgabe der Fonds ist es, öffentliche Gelder an zivilgesellschaftliche Organisationen zu transferieren. Es ließ sich leicht vorhersehen, dass sie der Unterstützung oder direkt der Schaffung regierungsfreundlicher Organisationen und dem Aufbau klientelistischer Verbindungen dienen. Der beste Beleg dafür ist die Zuteilung sog. institutioneller Zuschüsse (die für den Kauf von Immobilien oder anderen Sachwerten bestimmt sind) in Höhe von bis zu mehreren Millionen Zloty für einzelne Organisationen. Nach mehreren Ausschüttungsrunden gingen dann große Summe nicht nur an Organisationen, die der Regierung weltanschaulich nahe stehen (z. B. offen nationalistische oder homophobe Organisationen), sondern auch personell mit ihr verbandelt sind. Es kam auch dazu, dass finanzielle Mittel des *NIW – CRSO* Organisationen erhielten, die erst unmittelbar vor der Ausschreibung gegründet wurden, gewissermaßen »auf Bestellung«.

Die Fonds des *NIW – CRSO* sind jedoch geradezu pluralistisch im Vergleich zu anderen Fonds, die die *PiS*-Regierung mit Blick auf die Schaffung und Stärkung rechtsgerichteter zivilgesellschaftlicher Organisationen eingerichtet hat. Der Minister für Kultur und Nationales Erbe gründete im Jahr 2020 den Patriotischen Fonds (*Fundusz Patriotyczny*), der vom Institut für das Erbe des Nationalen Denkens – Roman Dmowski- und Ignacy Jan Paderewski-Institut (*Instytut Dziedzictwa Myśli Narodowej im. Romana Dmowskiego i Ignacego Jana Paderewskiego – IDMN*) verwaltet wird, einer wei-

teren Regierungsinstitution. Der Fonds ist auf Organisationen mit einem bestimmten weltanschaulichen Profil festgelegt. Seit 1989 hatte es dieser Art Regierungsinstitutionen nicht gegeben, die aus öffentlichen Mitteln ausschließlich einen bestimmten Typ von Initiativen finanzieren und – was damit einhergeht – auch Organisationen, die einem konkreten politischen Lager nahestehen, das dazu noch an der Macht ist. Es handelt sich hier um extremen Partikularismus im öffentlichen Leben, der sich als Ausdruck der Pflege von Traditionen, nationalem Erbe und Patriotismus darzustellen versucht. Innerhalb von zwei Jahren verteilte der Patriotische Fonds mehr als 70 Millionen Zloty. Zuwendungen in Höhe von etlichen Millionen gingen u. a. an extreme, nationalistische und katholische Organisationen – zum großen Teil nicht einmal für die Umsetzung konkreter Projekte, sondern abermals für den Kauf von Immobilien und anderen Besitztümern.

Das sind nur zwei Beispiele für Fonds, mit deren Hilfe das PiS-Lager die Zivilgesellschaft polarisiert und ihr weltanschaulich nahestehende Organisationen unterstützt. Hunderte Millionen öffentlicher Gelder werden solchen Organisationen von bestimmten Ministerien fast ohne Kontrolle gegeben. Ein Beispiel für diese Praktik ist der Skandal, der Anfang 2023 im Zusammenhang damit ausbrach, dass der Minister für Bildung und Hochschulwesen (entgegen den Empfehlungen von Experten, die die Anträge begutachtet hatten) 40 Millionen Zloty aus einem Fonds verteilte, der theoretisch Schulen und andere Bildungseinrichtungen unterstützen sollte. Die Summe ging größtenteils an Organisationen, die nicht viel mit Bildung gemein haben, aber ideologisch und personell mit dem Regierungslager verbunden sind. Wieder einmal wurde ein großer Teil der Gelder für den Kauf von Immobilien eingesetzt, woraufhin der Skandal die Bezeichnung »Villa+« erhielt. (Interessanterweise wurden diese Art und Weise, öffentliche Mittel auszugeben, abermals durch Vorschriften erleichtert, die im Rahmen der Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie geschaffen worden waren.) Auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe reagierte der Minister, indem er verneinte, gegen das Recht oder irgendwelche Standards verstoßen zu haben. In einer seiner Äußerungen stellte er fest, dass die Kriterien für die Ausgabe öffentlicher Mittel darauf beruhen, dass »[...] wir den Linken und den Kommunisten kein Geld geben« – ganz einfach.

Paradoxerweise erinnert das genau an Aktivitäten zur Zeit des Kommunismus, als die zentralistische, autoritäre Regierung ihr genehme gesellschaftliche Organisationen finanzierte, die im Gegenzug die Linie der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza* – PZPR) aktiv unterstützten, deren Mitglieder und Sympathisanten um sich sammelten,

dabei aber weder Autonomie anstreben noch die Machthaber zu kontrollieren versuchten.

Etatismus à la PiS

Die Hinführung zum Etatismus, d. h. die immer tiefere Einmischung des Staates in die Wirtschaft und andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, verläuft gewissermaßen parallel zur Zentralisierung. Unter der Regierung des rechtsnationalistischen Lagers wurden enorme Ressourcen des Staates mobilisiert, um seine Beteiligung v. a. in der Wirtschaft weiter zu vergrößern.

Das Regierungslager hat das von seinen Vorgängern ererbte Beutesystem nicht nur aufrechterhalten, sondern auch deutlich ausgeweitet. Bereits zum Zeitpunkt der Machtübernahme waren einige Dutzend der größten polnischen Unternehmen in den Händen oder unter der Kontrolle des Staates verblieben. Es war also ein Leichtes, sie zu vereinnahmen, bedenkt man, dass völlige Freiheit herrschte, die Unternehmensleitungen passend zu besetzen. Umso mehr, als die Vorgänger der Vereinigten Rechten trotz vieler Anläufe zivilgesellschaftlicher Organisationen und Expertenkreise nichts getan hatten, um die Möglichkeit zu begrenzen, die Führungsebenen der staatlichen Unternehmen nach dem Partei-schlüssel zu besetzen.

Das rechtsnationalistische Lager vergrößerte die staatliche Beteiligung in Wirtschaftsbereichen, die für die Regierung Schlüsselbedeutung haben. Ein gutes Beispiel dafür ist die Übernahme der Bank *Pekao S.A.* durch die staatliche Bank *PKO BP* im Jahr 2015. Daten der Kommission für Finanzaufsicht (*Komisja Nadzoru Finansowego*) zufolge vergrößerte sich damit der Anteil der staatlichen Aktiva im Bankensektor von 41 Prozent auf über 48 Prozent im Jahr 2023.

Das Regierungslager verzichtete sogar darauf, jeglichen Schein zu wahren, dass die Aufrechterhaltung und Erweiterung des Beutesystems im Sektor der Staatsunternehmen etwas anderem diene als der Realisierung ihrer eigenen Interessen. Im September 2020 wurde der stellvertretende Sprecher der PiS, Radosław Fogiel, von einem Journalisten des Radiosenders *RMF FM* gefragt, warum das Regierungslager keine Institution in Form eines Expertenrates geschaffen habe, der sich professionell mit der Besetzung von Leitungspositionen in staatlich kontrollierten Unternehmen befasst. Fogiel antwortete: »Wir waren mit einem ähnlichen Problem konfrontiert, als wir in den Jahren 2005 bis 2007 an der Macht waren. Damals gingen wir sehr in die Experten-Richtung, in Richtung offener Wettbewerbe, und was die Aufsichtsräte betrifft, so kamen dort Marktexperten hin, Personen mit akademischen Titeln, von der Wirtschaftshochschule Warschau (*Szkoła Główna Handlowa* – SGH) und anderen Hochschulen. Und das Problem lag darin, dass ihre Art über Wirtschaft und

Management zu denken vollkommen im Gegensatz zu dem stand, was Recht und Gerechtigkeit in ihrem Programm hat.«

Ein extremes Beispiel für die Etatisierung in Kombination mit der Einmischung in den freien Markt ist die Nutzung der Ressourcen von *Orlen* [polnischer Mineralölkonzern und Tankstellenbetreiber, d. Übers.] zu dem Zweck, Anfang 2021 die Verlagsgruppe *Polska Press* zu übernehmen. Auch in diesem Fall hat das Regierungslager seine Absichten nicht verhehlt, als es die Transaktion als eine Form der »Repolonisierung der Medien« vorstellte, um diese angeblich aus den Händen des ausländischen Kapitals wiederzuerlangen. Das, was jedoch nicht klar ausgesprochen wurde, war das offensichtliche Ziel, die Einflussnahme auf die öffentliche Meinung mit Hilfe der lokalen Medien zu vergrößern und auf diese Weise eine bessere Position im Wahlkampf für die Parlaments- und Kommunalwahlen 2023 bzw. 2024 zu erlangen. Im Laufe von nur wenigen Monaten nach der Übernahme des Pressekonzerns durch den staatlichen Mineralölkonzern entledigte man sich regierungskritischer Journalisten. Die von *Orlen* kontrollierten Medien füllten sich mit Beiträgen, die die Regierung unterstützten.

Die parteipolitische Personalbesetzung des öffentlichen Dienstes

Der sich zentralisierende und etatisierende Staat müsste eine rechtliche und institutionelle Infrastruktur aufbauen, die eine effektive Planung und Bewirtschaftung der wachsenden Ressourcen erlaubt. Es gibt allerdings keine Anzeichen, dass solche Prozesse der organisatorischen Stärkung des Zentrums tatsächlich stattgefunden haben.

Das wird an der weitgehenden parteipolitischen Instrumentalisierung des öffentlichen Dienstes deutlich, eines Teils der öffentlichen Administration, der das eigentliche Rückgrat der Regierung ist und nicht nur bei der Umsetzung der Staatsstätigkeit (*public policy*) beteiligt ist, sondern sie auch vorbereitet. Eine der ersten Entscheidungen des rechtsnationalistischen Lagers am Anfang seiner Regierung war es, im Jahr 2016 eine Gesetzesnovelle über den öffentlichen Dienst zu verabschieden. Diese ermöglichte es, in nur wenigen Monaten knapp ein Drittel der höchsten Beamten des öffentlichen Dienstes zu entlassen, herunterzustufen oder zu versetzen. Auf diese Weise veränderte sich für mehr als 1.000 Beamte ihr Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst bzw. verließen sie diesen und es rückten Personen nach, die dem Parteischlüssel entsprechend benannt werden konnten. Die Novelle hob das offene, auf Wettbewerb beruhende Bewerbungsverfahren für diese Stellen auf und schmälerte wesentlich die qualitativen Anforderungen an die Kompetenzen des neuen Personals. Auf diese

Weise wurde so etwas wie eine Nomenklatura, ein System der herrschenden Klasse, geschaffen, in dem Kompetenzen und andere fachliche Voraussetzungen aufhören, das Hauptkriterium für die Stellenbesetzung im öffentlichen Dienst zu sein.

Typisch ist, dass 2020, während der COVID-Pandemie mehr als 1.000 Beamtenstellen auf höchster Ebene neu besetzt wurden. Gleichzeitig ging ein Drittel der neuen hohen Beamten außerhalb des öffentlichen Dienstes in eine Beschäftigung. Das zeigt nicht nur die unverständliche, sondern auch gefährliche (insbesondere in der Zeit einer Krise) Rotation auf höchster Ebene der Administration sowie auch die Fortsetzung der Praktik, dass sich die Besetzung hoher Posten im öffentlichen Dienst an parteipolitischer Loyalität orientiert.

Der Staat der »grand corruption«

Der Marsch in Richtung Zentralisierung und Etatisierung in Verbindung mit einem schwächelnden, immer weniger leistungsfähigen Staat näherte Polen einem System an, dessen wichtigstes Funktionsprinzip die Korruption ist. In der Mitte Juni 2021 veröffentlichten europäischen Untersuchung der öffentlichen Meinung zu Korruption (*Transparency International: »Global Corruption Barometer«*) fanden sich die Polen im Kreise derjenigen Gesellschaften wieder, die ihr Land am schlechtesten beurteilen. Knapp drei Viertel (72 Prozent) der Befragten vertraten die Überzeugung, dass Korruption in Polen ein großes Problem ist. Mehr als ein Drittel (37 Prozent) der Polen glaubte, dass die Korruption zwischen Ende 2019 und Ende 2020 gestiegen ist.

Zu den am stärksten von Korruption betroffenen Institutionen zählten nach Meinung der Polen die Regierungsadministration (34 Prozent der Befragten), das Amt des Ministerpräsidenten (32 Prozent) und das Parlament (31 Prozent). Vor diesem Hintergrund schnitten die Gerichte (20 Prozent der Angaben), der private Sektor (20 Prozent) und die kommunale Selbstverwaltung (21 Prozent) besser ab. Als am wenigsten bestechlich beurteilten die Polen die Polizei (10 Prozent) und zivilgesellschaftliche Organisationen (12 Prozent). Zwei Drittel der Befragten sagten, dass die Regierung nicht gut mit der Korruption zurechtkommt. Nur 16 Prozent der Befragten waren bereit zuzugestehen, dass angemessene Maßnahmen gegenüber Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die an Korruption beteiligt sind, ergriffen werden. Über 20 Prozent waren davon überzeugt, dass die Machthaber Korruption für die Realisierung eigener Interessen einsetzen. 21 Prozent stimmten der Aussage zu, dass »Korruption in der Regierung akzeptabel ist, so lange sie gute Ergebnisse hervorbringt«. Nur 25 Prozent der Befragten sagten, dass die Zentralregierung die COVID-19-Pandemie unter Einhaltung der Transparenzstandards bekämpft hat. Die Tatsache, dass das

Regierungslager in dieser Zeit trotz so negativer Bewertungen mehr als 30 Prozent Zustimmung in den Meinungsumfragen erhielt, führt leider dazu, die These von der Demoralisierung eines nicht unwesentlichen Teils der Gesellschaft aufzustellen.

Nach den Parlamentswahlen 2015 hat das rechtsnationalistische Lager viel dafür getan, Polen in die *grand corruption* zu drängen. Der Begriff bezeichnet in der Fachliteratur die Situation, dass vor allem die Eliten in Politik, Behörden und Wirtschaft von Korruption betroffen sind. Eine Eigenschaft der *grand corruption* ist der Partikularismus. Das heißt, die Verteilung von Gütern, zu denen der Zugang prinzipiell gleich sein sollte (z. B. Zuschüsse, Aufträge, öffentliche Ämter), gestaltet sich in der Praxis so, dass eine bestimmte Gruppe bevorzugt wird – eine politische Partei, ihr Apparat, Wählergruppen, die die Machthaber unterstützen, usw. Letztlich ist die *grand corruption* dadurch gekennzeichnet, dass sie in die institutionell-rechtlichen Strukturen integriert ist. Deshalb ist es nicht möglich, diese Korruption einzig und allein in den Kategorien einer Straftat zu betrachten, denn häufig wird sie von den Institutionen der Machthaber toleriert, als Mittel zur Umsetzung der Politik aufgefasst oder sogar legalisiert.

Es gibt zahlreiche Argumente für die These, dass das rechtsnationalistische Lager einen Staat der *grand corruption* aufbaut. Das Hauptargument ist die fortschreitende Auflösung des Systems der Teilung und gegenseitigen Kontrolle der Gewalten. Ein weiteres Symptom für den Aufbau des Systems der *grand corruption* sind die bereits beschriebenen Prozesse des Aufbaus und der Stärkung des Klientelismus in den Kommunen und den zivilgesellschaftlichen Organisationen und insbesondere der Niedergang des öffentlichen Dienstes.

Die zunehmende Besetzung der öffentlichen Verwaltung mit parteikompatiblem Personal ist eine Anleitung zur Korruption in den Behörden. Mit ihren Ausprägungen haben wir es bereits auf höchster Ebene zu tun. Es sei nur daran erinnert, dass hohe Beamte des Finanzministeriums in Steuerbetrug und Geldwäsche verwickelt waren. Ihr Vorgesetzter war Marian Banaś, der zu der Zeit, als er der Regierung politisch genehm war, auf den Posten des Chefs der Obersten Kontrollkammer (*Najwyższa Izba Kontroli – NIK*) gesetzt wurde, entgegen den Warnungen der Opposition und eines Teils der Medien. Kurze Zeit nach seiner Amtsübernahme zerstritt sich Banaś mit dem Regierungslager. Er hatte es gewagt, dessen kontroverseste Investitionen und Entscheidungen zu kontrollieren, und wurde zum Feind der *PiS*. Nun war er eine Person, der der Zugang zu geheimen Informationen entzogen werden musste. Gegen ihn sowie seine Familie und Angehörigen wurden Untersuchungen eingeleitet. Ein deutlicheres Beispiel lässt sich kaum dafür anführen, dass sich Schlüsselentscheidun-

gen der Regierung in Personalfragen nicht auf fachliche Kriterien stützen. Alle Verfahren oder Anforderungen an Kompetenzen und Voraussetzungen waren nur zum Schein inszeniert. Das Wichtigste ist die Loyalität gegenüber der Partei. Wenn sie aus irgendwelchen Gründen schwindet, verschwindet der Betreffende aus seiner Funktion und/oder wird zum »öffentlichen Feind«, so wie im Fall von Marian Banaś.

Es lohnt sich, diese Angelegenheit noch genauer zu betrachten, denn sie zeigt, wie sich *grand corruption* als Störung des demokratischen Wahlprozesses auswirken konnte. Die Kumulation der Probleme, deren Hintergrund die zerrütteten Beziehungen zwischen dem Regierungslager (konkret *PiS*-Chef Jarosław Kaczyński) und dem Präsidenten der *NIK* sind, erreichte ihren Höhepunkt Mitte Mai 2021. Damals veröffentlichte die *NIK* einen Bericht über die Organisation der Präsidentenwahlen als Briefwahlen, eine Wahlform, die aufgrund der Bedingungen in der Corona-Pandemie vom Regierungslager befürwortet worden war. Zu den Wahlen, vorgesehen für Mai 2020, kam es nicht, aber die Entscheidung, sie in der Form durchzuführen, kostete die polnischen Steuerzahler mehr als 100 Millionen Złoty. Die Entscheidung war rechtswidrig, und zwar nicht nur in der Bewertung der Kontrolleure der *NIK*, sondern auch des Woiwodschaftsverwaltungsgerichts (*Wojewódzki Sąd Administracyjny – WSA*), das bereits 2020 in seinem Urteil verkündet hatte, dass keine Grundlagen bestünden, solche Wahlen zu organisieren und zu diesem Ziel Ausgaben zu tätigen, und dass die Pandemiesituation nicht als Umstand behandelt werden könne, ein solches Vorgehen zu rechtfertigen (Urteil des *WSA* in Warschau, AZ SA/Wa 992/20). Die *NIK* unter der Leitung von Marian Banaś ging einen Schritt weiter als das Gericht: Die Folge ihres Berichts vom Mai 2021 war, dass bei der Staatsanwaltschaft Strafanträge wegen des begründeten Verdachts auf Ausübung einer Straftat durch Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Innenminister Mariusz Kamiński und Jacek Sasin, Minister für Staatliche Aktiva, gestellt wurden sowie auch gegen den Vorstand der Polnischen Post (*Poczta Polska*) und der Staatlichen Wertpapierdruckerei (*Państwowa Wytwórnia Papierów Wartościowych*), die in der Beurteilung des *WSA* und der *NIK* rechtswidrig den Auftrag für den Druck und den Versand der Wahlunterlagen ausgeführt hatten. Die Post hatte zudem gegen polnische und EU-Vorschriften verstoßen, als sie begonnen hatte, persönliche Daten der Wähler zu sammeln – mit der ebenfalls rechtswidrigen Zustimmung eines Teils der Kommunen. Als Reaktion auf den Bericht der *NIK* bestritten der Ministerpräsident und die Regierung, der Generalstaatsanwalt inbegriffen, fast umgehend, dass es zu einer Straftat gekommen ist. Auf diese Weise gab insbesondere der Generalstaatsanwalt, der gleichzeitig Jus-

tizminister, also ein Politiker, ist, eindeutig zu verstehen, dass es vonseiten der Staatsanwaltschaft keine Strafverfolgung geben wird, und sollte sie doch eingeleitet werden, das Ergebnis leicht vorhersehbar sein würde, das heißt sie würde schnell eingestellt werden.

Wären der kritische Bericht über die Organisation der Wahlen im Jahr 2020 oder auch andere gegen die Regierung gerichtete Kontrollen der *NIK* ans Tageslicht gekommen, wenn Banaś sich nicht mit dem Regierungslager zerstritten hätte? Das ist eher zweifelhaft. Es kann schwerlich davon ausgegangen werden, dass diese und andere Angelegenheiten sich dann so wie beispielsweise in Österreich entwickelt hätten, wo sich 2021 Bundeskanzler Sebastian Kurz mit Vorwürfen der österreichischen Staatsanwaltschaft auseinandersetzen musste, weil er im Verdacht einer Falschaussage in einer anderen Angelegenheit – Vetternwirtschaft bei der Besetzung der staatlichen Holding ÖBAG – stand. In Polen unter der *PiS*-Regierung ist ein solches Szenario ausgeschlossen. In einem Staat der *grand corruption* müssen Institutionen, Recht und Verfahren den partikularistischen Parteiinteressen nachgeben, und die Politiker und Beamten bleiben unbehelligt.

Ein weiterer Hinweis auf den Aufbau des Systems der *grand corruption* ist die Schaffung der rechtlichen Infrastruktur zur Legalisierung von Korruption. Ein Beispiel dafür sind die im Jahr 2020 verabschiedeten Verordnungen, die den Rechtsbereich öffentlicher Aufträge betreffen und Angehörige des öffentlichen Dienstes von strafrechtlicher und disziplinarrechtlicher Verantwortung bei Amtsmissbrauch oder Nichterfüllung der Dienstpflichten befreien – unter der nebulösen Bedingung, dass der Missbrauch im Zusammenhang mit Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie stattfand. Diese Vorschriften dienen der Führung des Gesundheitsministeriums dazu, im Fall des mehrere Millionen schweren Kaufes von nutzlosen Schutzmasken sowie Beatmungsgeräten im Jahr 2020 der Verantwortung zu entgehen. Charakteristisch ist, dass Jarosław Kaczyński als Reaktion auf die Skandale sofort verkündete, dass es »keine Hinweise auf die Möglichkeit des Missbrauchs gegeben hat«.

In einem Staat der *grand corruption* gibt es auch keinen Platz für Transparenz. Eine der Folgen ist, dass das Vermögen der wichtigsten Politiker und Beamten sowie ihrer Angehörigen, auf die sie ihr Eigentum überschreiben, ein Geheimnis bleibt, das nur Investigativjournalisten zu enthüllen versuchen können. Reformen des Systems der Vermögenserklärungen werden nicht durchgeführt. Gleichzeitig hat die dem Regierungslager genehme Erste Präsidentin des Obersten Gerichts (*Sąd Najwyższy*) Anfang 2021 einen Klärungsantrag an das von der Regierungspartei kontrollierte Verfassungstribunal gestellt, der wesentliche Bestandteile des Geset-

zes über den Zugang zu öffentlichen Informationen in Frage stellt. Allein die Tatsache, dass der Antrag gestellt wurde, hatte zur Folge, dass verschiedene Institutionen dies als Vorwand nutzten, den Zugang zu Informationen zu verwehren. Der Spruch des Verfassungstribunals, der mit großer Sicherheit im Sinne des Regierungslagers ausfallen wird, wird den Zugang zu öffentlichen Informationen deutlich beschränken und den Medien und Kontrollorganisationen die Arbeit erschweren.

Das letzte Argument schließlich, das die ausufernde *grand corruption* belegt, betrifft den Partikularismus. Abgesehen davon, dass er bei der Übernahme staatlicher Institutionen oder der Besetzung der höchsten öffentlichen Ämter offensichtlich ist, gibt es bereits deutliche Anzeichen, dass er sich auch auf den Durchschnittsbürger auswirkt. Ein Beispiel ist die partikularistische Art und Weise, wie die -zig Millionen Zloty im Rahmen des Regierungsfonds für lokale Initiativen (*Rządowy Fundusz Inicjatyw Lokalnych – RIFL*) verteilt werden. Jarosław Flis und Paweł Swianiewicz untersuchten mehrere Vergaberunden des Fonds und zeigten, dass der Hauptnutznießer der kommunale Apparat des Regierungslagers ist. Es reicht an dieser Stelle, eine Zahl anzuführen: Eine durchschnittliche Gemeinde, die von der *PiS* regiert wird, erhält eine zehnmal höhere Zuwendung pro Kopf als eine von der Opposition geführte Gemeinde. So wird der Regierungsfonds für lokale Initiativen zu einem Instrument, klientelistische und nicht partnerschaftliche Beziehungen zwischen der Zentralregierung und den Kommunen aufzubauen. Partnerschaftliche Beziehungen entsprächen jedoch dem verfassungsmäßigen Prinzip der Subsidiarität. In diesem Zusammenhang ist die Angst begründet, dass die EU-Mittel des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021–2027 und die des Landesaufbauplans (*Krajowy Plan Odbudowy*) in ähnlicher Weise »verwaltet« werden. Dass das sehr wahrscheinlich ist, belegen Untersuchungen und Analysen der Situation in Tschechien und Ungarn.

Fazit

Seit 2015 unterzieht das rechtsnationalistische Lager den Staat systematisch der Zentralisierung und Etatisierung. Dabei baut es das System der *grand corruption* auf. Hier hat der parteipolitische Partikularismus Vorrang vor dem öffentlichen Interesse; Affären, die Politiker, hohe Beamte oder andere mit dem Machtzentrum verbandelte Personen betreffen, werden weder von den zuständigen Organen noch von den parteipolitisch vereinnahmten, regierungstreuen Medien aufgeklärt; absichtlich geschaffene Rechtsvorschriften und Institutionen legalisieren die Korruption; der Zugang zu öffentlichen Informationen wird nicht nur verweigert, sondern es wird systematisch versucht, ihn unter Einsatz

der zuvor übernommenen und parteipolitisch besetzten Institutionen abzuschalten.

Dieser Staat konzentriert auf der einen Seite immer mehr Kompetenzen und Ressourcen in den Händen der Exekutive. Es ist ein Staat, der immer stärker in die Wirtschaft und andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens eingreift, die in einer gesunden Demokratie autonom sein sollten, wie etwa das zivilgesellschaftliche Handeln. Gleichzeitig ist es ein Staat, der Mechanismen schafft, mit denen er intransparent und unverantwortlich gegenüber seinen Bürgern handelt, indem er die Gleichgültigkeit seiner Funktionäre kaschiert und Korruption nicht ahndet – anstatt sich zu reformieren, seine wachsende Bedeutung mit Mechanismen der *good governance* aus-

zustatten, ein Potential an Experten und Strategien aufzubauen und den öffentlichen Dienst zu stärken.

Trotz der hier dargestellten Probleme erhält das *PiS*-Lager immer noch eine relativ große Unterstützung in Wahlumfragen. Das lässt sich als Ausdruck des Unvermögens aufseiten der öffentlichen Meinung verstehen, ein moralisches Urteil über das Vorgehen der Machthaber zu fällen. Wenn die *PiS* die Parlamentswahlen 2023 gewinnt, werden sich die Probleme zweifellos verstärken und eine wachsende politische und wirtschaftliche Krise nach sich ziehen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Dr. habil. *Grzegorz Makowski* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sozial-ökonomischen Forschungszentrum der Wirtschaftshochschule in Warschau (*Kolegium Ekonomiczno-Społeczny SGH, Warszawa*) und Experte des Programms *forumIdei* der Stefan Batory-Stiftung (*forumIdei, Fundacja im. Stefana Batorego*). Seine Forschungsschwerpunkte sind Korruption und Antikorruptionspolitik, die Entwicklung der Zivilgesellschaft und von Nichtregierungsorganisationen.

Bibliografie

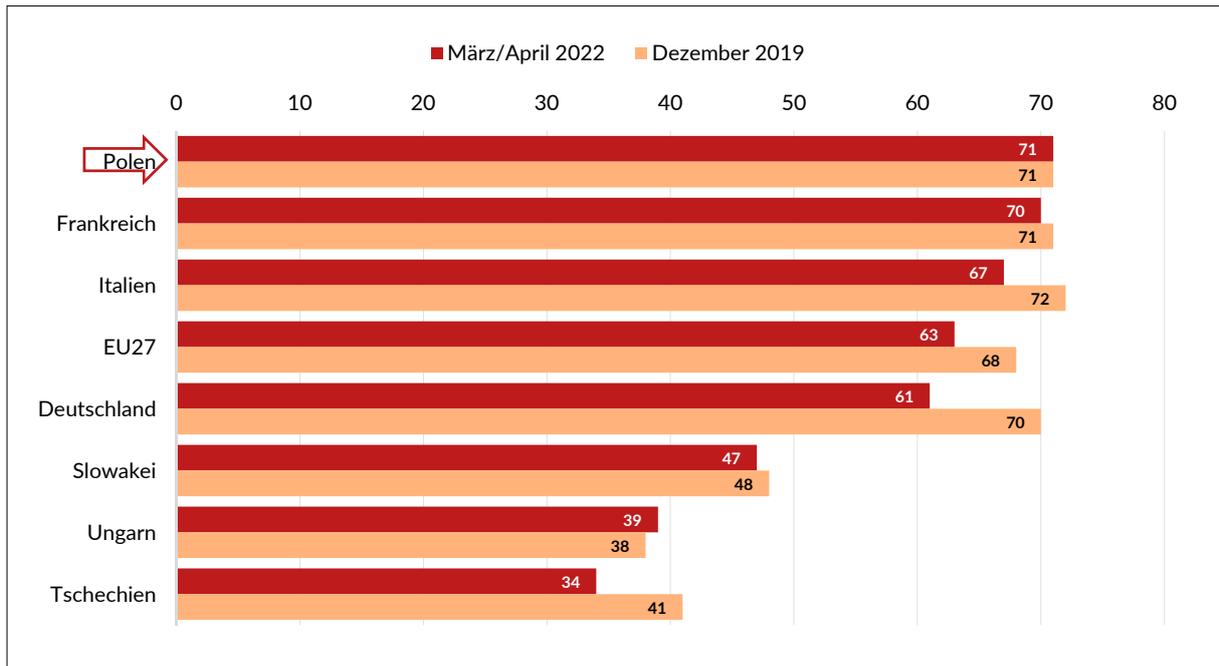
- Afera z otoczenia Banasia. Jeden z jego najbliższych współpracowników kierował mafią VAT-owską. Giertych uderza, money.pl, wyd. 25.10.2019, (abgerufen am 19.04.2023).
- Białach, S., Czarnek tłumaczy się z dotacji. »Śmieszni jesteście. Nie dajemy lewakom i komunistom«, Onet.pl, wyd. 31.01.2023 (abgerufen am 22.04.2023).
- Black Book Corruption In Hungary 2010 – 2018, Civitas Institute, Budapest 2018, (abgerufen am 24.04.2023).
- Chojnowska, A., W Polska Press zmiany. Wojciech Mucha żegna się ze stanowiskiem naczelnego »Gazety Krakowskiej« i »Dziennika Polskiego«, wyd. 07.11.2022, (abgerufen am 22.04.2023).
- Dotacje dla przyjaciół władzy. Pół miliona dostała fundacja znajomej Kaczyńskiego, wyd. 3.05.2021, (abgerufen am 22.04.2023).
- Działania wybranych podmiotów w związku z przygotowaniem wyborów powszechnych na Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej zarządzonych na dzień 10 maja 2020 r. z wykorzystaniem głosowania korespondencyjnego, NIK, Warszawa 2021, (abgerufen am 19.04.2023).
- Fandrejewska-Tomczyk, A., Raport samorząd. Pomiędzy nadzwyczajnymi zadaniami a ograniczonymi możliwościami – samorząd terytorialny w czasie pandemii, FGIAF, Kraków 2020, (abgerufen am 22.04.2023).
- Flis, D., Instytut Glinińskiego rozdał 11 mln zł organizacjom nacjonalistycznym, katolickim i PiS-owskim, OKO-Press, wyd. 3.05.2021, (abgerufen am 22.04.2023).
- Flis, J., Swianiewicz, P., Rządowy Fundusz Inwestycji Lokalnych – reguły podziału, Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2021, (abgerufen am 24.04.2023).
- Flis, J., Swianiewicz, P., Rządowy Fundusz Inwestycji Lokalnych III – utrwalane wzory, Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2021, (abgerufen am 24.04.2023).
- Goduszałowski, B., Jakub Banaś: Kaczyński wie, że z każdym kolejnym raportem NIK będzie tracić słupki poparcia [WYWIAD], Dziennik Gazeta Prawna, wyd. 8.06.2021, (abgerufen am 19.04.2023).
- Dane miesięczne sektora bankowego – luty 2023, UKNF, Warszawa 2023, (abgerufen am 22.04.2023).
- Izdebski, H., Tarcze Antykryzysowe – dokończenie budowy państwa PiS-u? Ustawodawstwo okresu pandemii a funkcjonowanie samorządu, Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2020, (abgerufen am 22.04.2023).
- Jadcak, S., Słowik, P., Ujawniamy. Oto majątek Mateusza i Iwony Morawieckich, wp.pl, wyd. 25.05.2021, (abgerufen am 24.04.2023).
- Jarosław Kaczyński broni zakupu respiratorów. »Nie było przesłanek wskazujących na możliwość nadużyć«, money.pl, wyd. 29.01.2021, (abgerufen am 24.04.2023).
- Jasnorzewski, J., Grochot, A., Zaborski, M., Fogiel: Zależy nam na zdecydowanym odchudzeniu rządu, RMF FM, wyd. 9.09.2020, (abgerufen am 22.04.2023).

- Klauziński, S., Ziobro broni Morawieckiego. »Jest przekonany«, że nie będzie śledztwa ws. wyborów kopertowych, OKOPress, wyd. 4.06.2021, (abgerufen am 24.04.2023).
- Kopińska, G., Stanowiska publiczne jako łup polityczny. Polityka personalna w okresie od 16 listopada 2015 do 31 października 2017 roku, Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2018, (abgerufen am 22.04.2023).
- Kozłowski, J., Sobiech, R., Służba cywilna dziś i jutro Kluczowe problemy i propozycje rozwiązań, Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2020, (abgerufen am 22.04.2023).
- Krzysztozek, A., Sebastianowi Kurzowi grozi więzienie. To koniec kariery »cudownego dziecka« austriackiej polityki?, Euractiv, wyd. 16.04.2023, (abgerufen am 24.04.2023).
- Kubik, A., Polacy o pandemii, swoich lękach i nadziejach. Badania Uniwersytetu SWPS, wyd. 13.04.2020, (abgerufen am 22.04.2023).
- Lackowska, M., Matczak, R., Swianiewicz, P., Sześciło, D., Wojnar, K. Indeks Samorządności, Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2023
- Lipowicz, I., 2020, Samorząd terytorialny a administracja rządowa – administrowanie w warunkach niepewności, Ruch prawniczy, ekonomiczny i socjologiczny, LXXXII (4)
- Makowski, G., Laying the groundwork for »grand corruption«: the Polish government's (anti-)corruption activities in 2015–2019, Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2023, (abgerufen am 22.04.2023).
- Makowski, G., Dla państwa i obywateli. Diagnoza i propozycje reformy służby cywilnej, Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2019, (abgerufen am 22.04.2023).
- Makowski, G., Globalny Barometr Korupcji. Co nam mówi o Europie i o Polsce?, (abgerufen am 19.04.2023).
- Makowski, G., Partyjne spółki skarbu państwa. Czy da się skończyć z tym podziałem łupów?, OKOPress, wyd. 20.09.2020, (abgerufen am 22.04.2023).
- Makowski, G., Pazderski, F., Przedsiębiorstwa państwowe szara strefa finansowania polityki. Jak ją zmniejszyć i jak ją kontrolować?, Instytut Spraw Publicznych, Warszawa 2023
- Petycja do Pierwszej Prezes Sądu Nawyzszego w sprawie jej wniosku do Trybunału Konstytucyjnego, 2021, (abgerufen am 24.04.2023).
- Potocka, J., Maksymowicz dla Interii: Kto zbiera na mnie haki, (abgerufen am 22.04.2023).
- Raport o sytuacji banków w 2015 r., UKNF, Warszawa 2016
- Rigamonti, M., Banaś: To Kamiński rozdaje karty w Polsce [WYWIAD RIGAMONTI], (abgerufen am 22.04.2023).
- Swianiewicz, P., Łukomska, J., Finanse samorządu terytorialnego w dobie pandemii, Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2021, s. 6 (abgerufen am 22.04.2023).
- Sześciło, D., Gašiorowska, A., Łapszyński, R., Zakroczyński, S., Rządowy Fundusz Inwestycji Lokalnych: każdemu według potrzeb czy według barw politycznych?, Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2021, (abgerufen am 24.04.2023).
- Sześciło, D., Recydywa centralizmu? Zmiany w polityce państwa wobec samorządu po 2015 roku, Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2019, (abgerufen am 22.04.2023).
- Sześciło, D., Samorząd–centrum Bilans po trzydziestu latach od odrodzenia się samorządu i pięciu latach nowego centralizmu, Fundacja im. Stefana Batorego, (abgerufen am 22.04.2023).
- Wilkiewicz, Ł., Coraz mniej państwa w gospodarce. Jesteśmy pod tym względem w unijnym ogonie, wyd. 12.02.2020, (abgerufen am 22.04.2023).
- »Willa plus«. O co chodzi w aferze z Przemysławem Czarnkiem w roli głównej? Wyjaśniamy (abgerufen am 22.04.2023).
- Wójcik, K., Raport o służbie cywilnej: nie kończy się wymiana kadr kierowniczych, Rzeczpospolita, wyd. 13.04.2021, (abgerufen am 22.04.2023).

UMFRAGEN

Meinungen zu Korruption in ausgewählten Ländern der EU

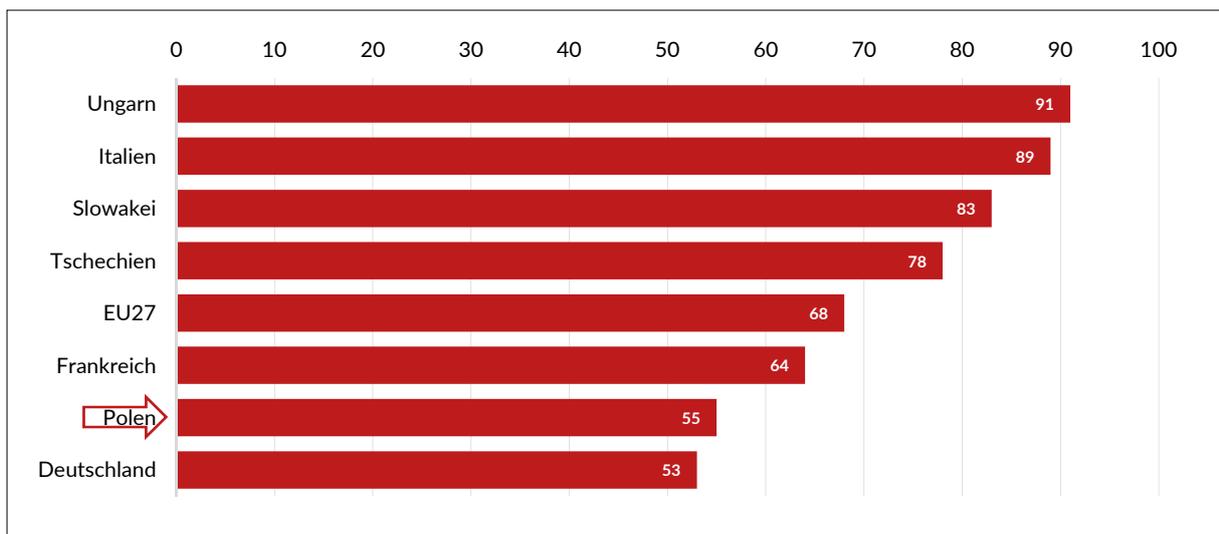
Grafik 1: Ist Korruption akzeptabel, um etwas im öffentlichen Dienst zu erreichen?
 Antworten für »inakzeptabel« (%)*



*Korruption in Form eines Gefallens, einer Geldgabe oder eines Geschenks

Quelle: European Commission: Special Eurobarometer 523: Corruption. March-April 2022. <https://www.europa.eu/eurobarometer>

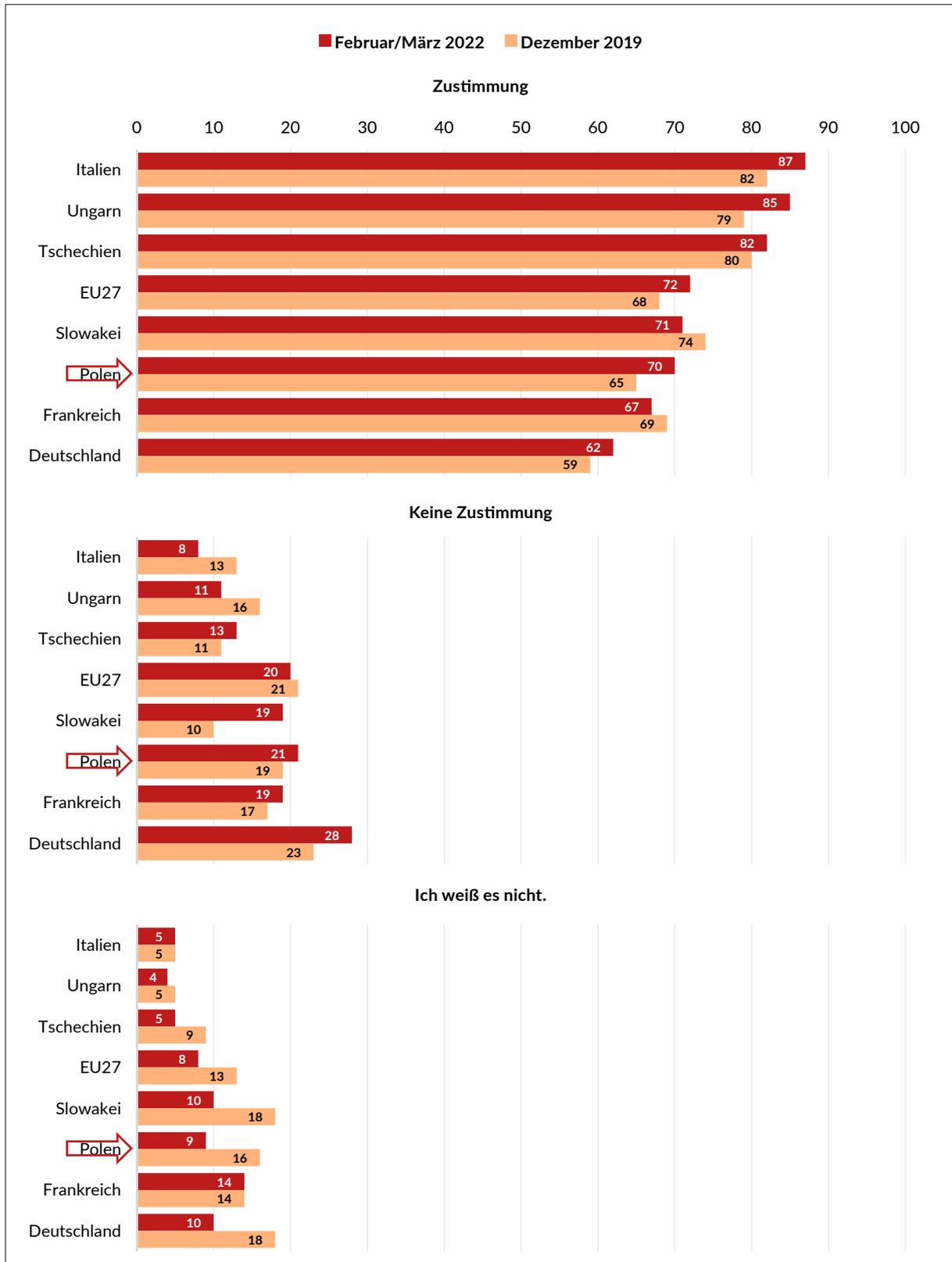
Grafik 2: Wie verbreitet ist Ihrer Meinung nach das Problem der Korruption in Ihrem Land?
 Antworten für »verbreitet« (März/April 2022, %)*



*Gesamtheit der Antworten »ziemlich verbreitet« und »sehr verbreitet«

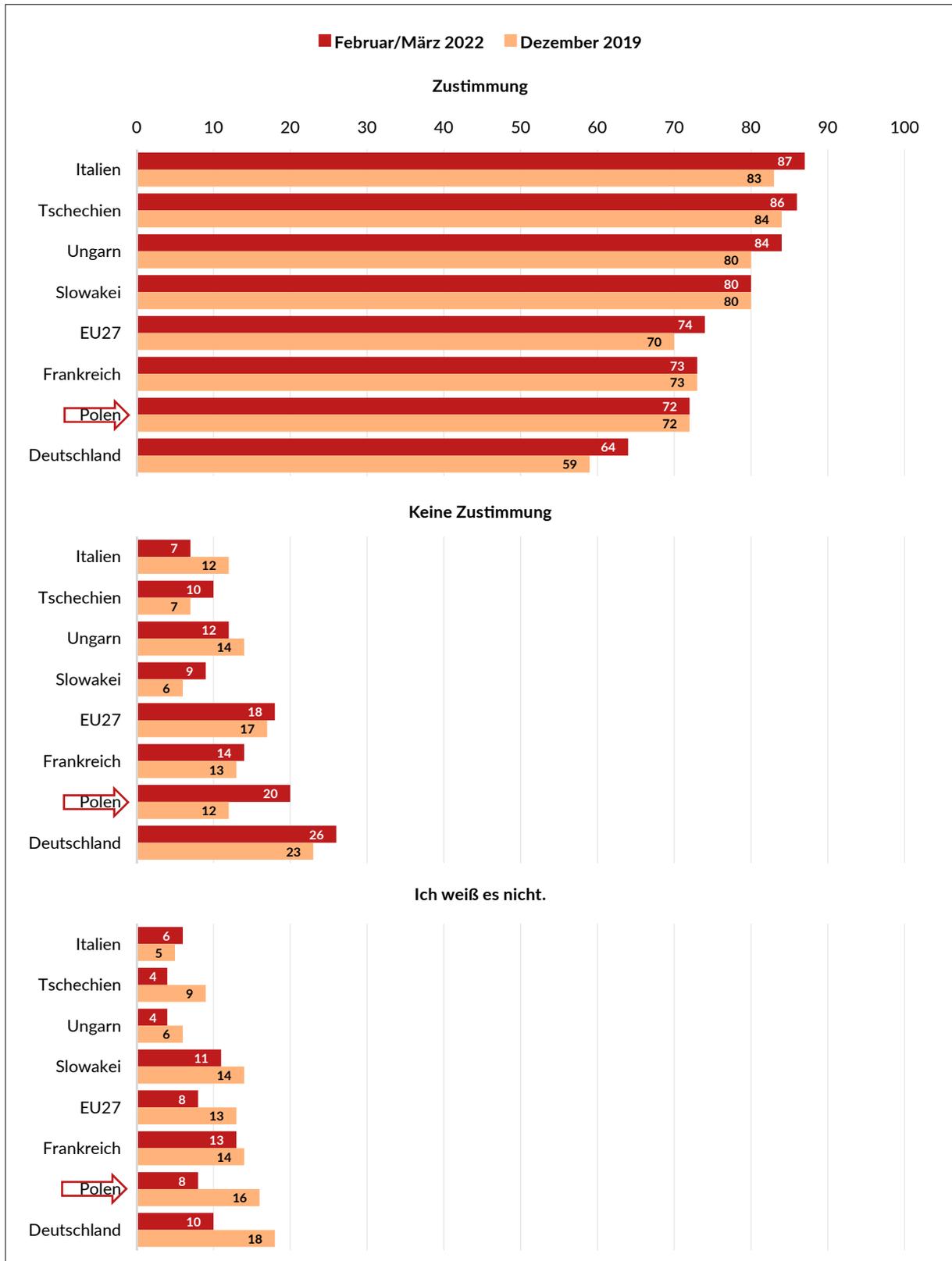
Quelle: European Commission: Special Eurobarometer 523: Corruption. March-April 2022. <https://www.europa.eu/eurobarometer>

Grafik 3: Stimmen Sie der Aussage zu oder nicht: Es gibt Korruption in kommunalen und regionalen öffentlichen Institutionen (%)



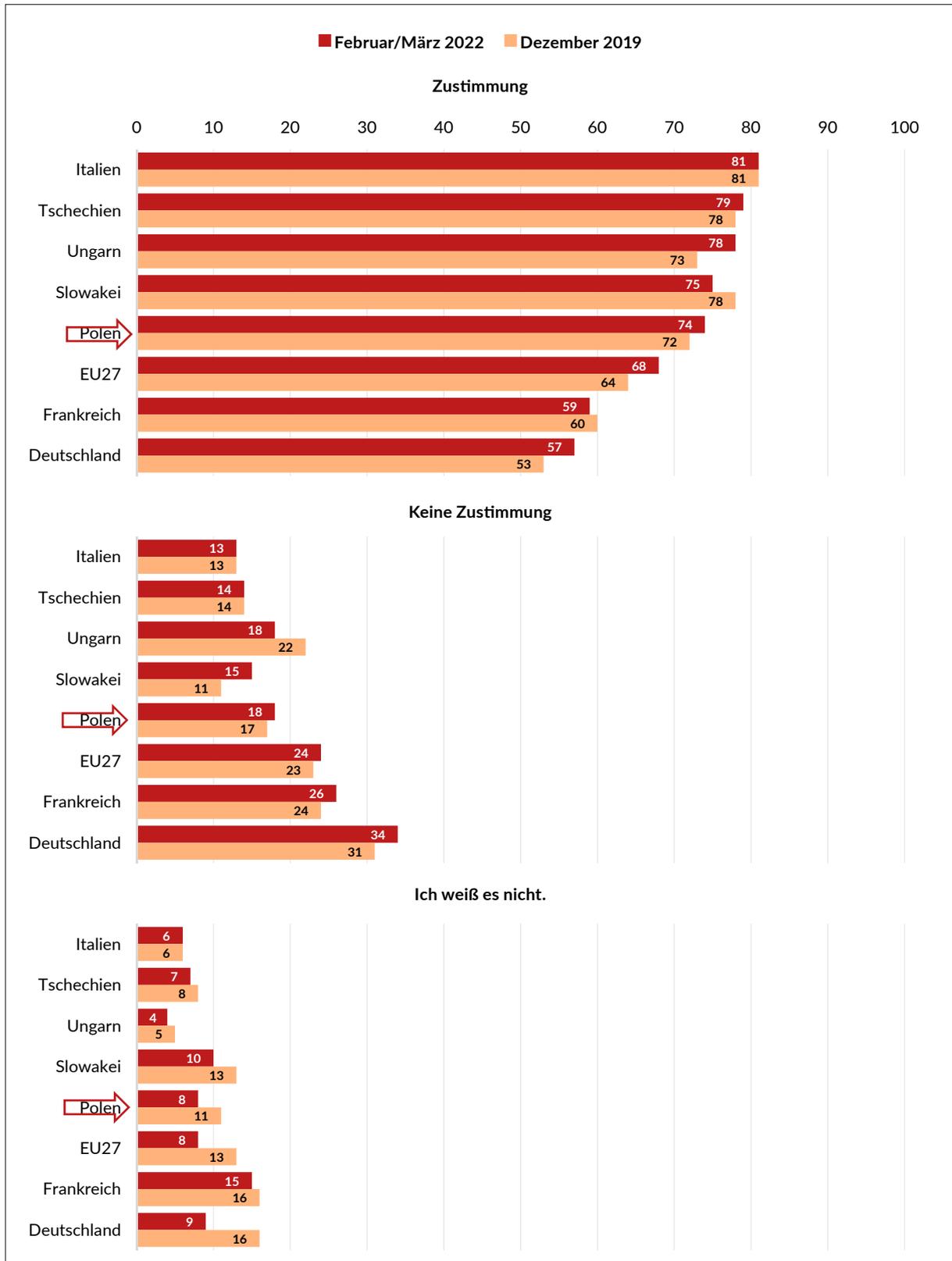
Quelle: European Commission: Special Eurobarometer 523: Corruption. March-April 2022. <https://www.europa.eu/eurobarometer>

Grafik 4: Stimmen Sie der Aussage zu oder nicht: Es gibt Korruption in Institutionen des öffentlichen Dienstes auf Zentralebene (%)



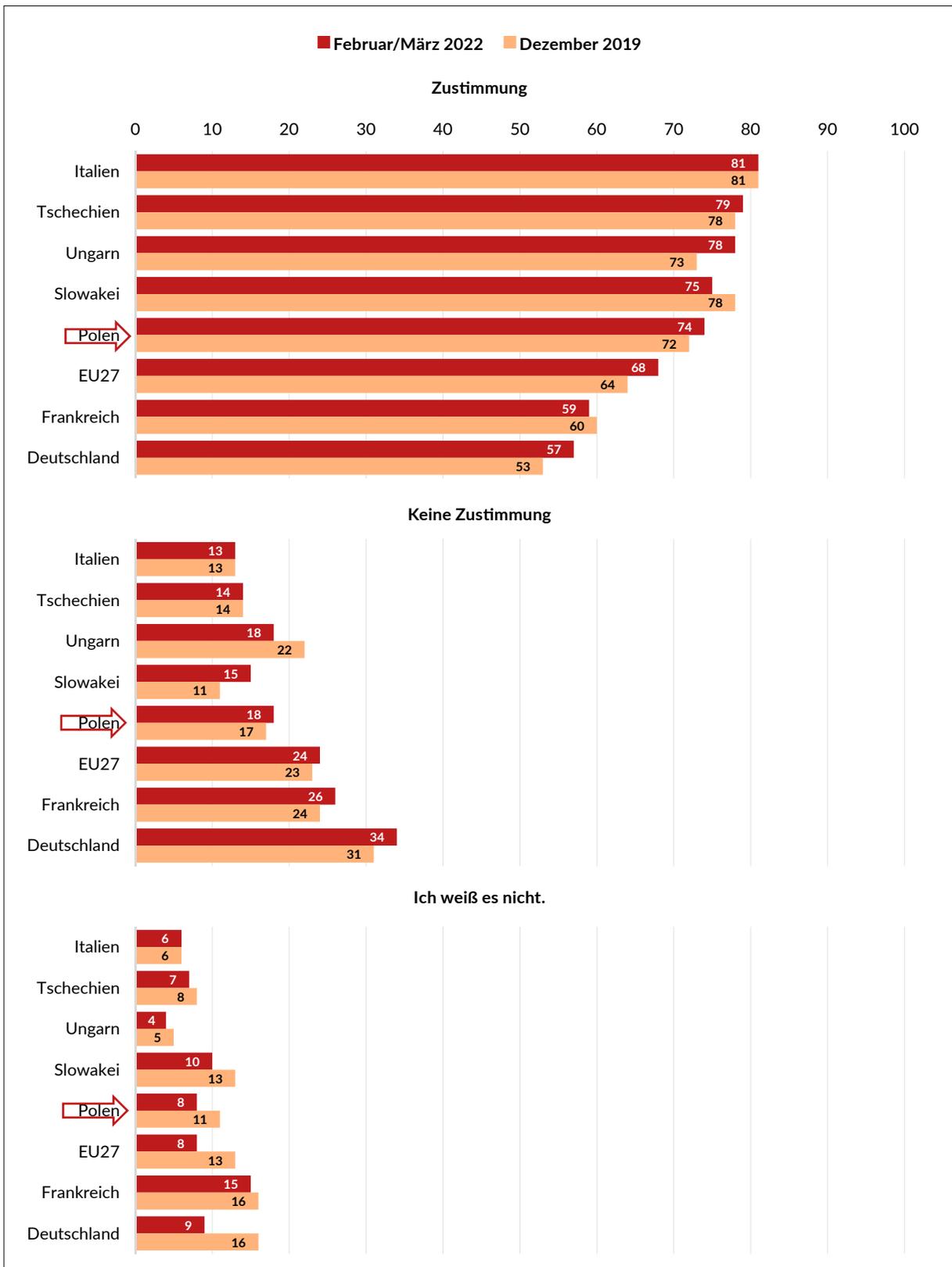
Quelle: European Commission: Special Eurobarometer 523: Corruption. March-April 2022. <https://www.europa.eu/eurobarometer>

Grafik 5: Bestechungsgelder und -geschenke und der Einsatz von Beziehungen sind häufig der einfachste Weg, um in unserem Land bestimmte Leistungen des öffentlichen Dienstes zu bekommen (%)



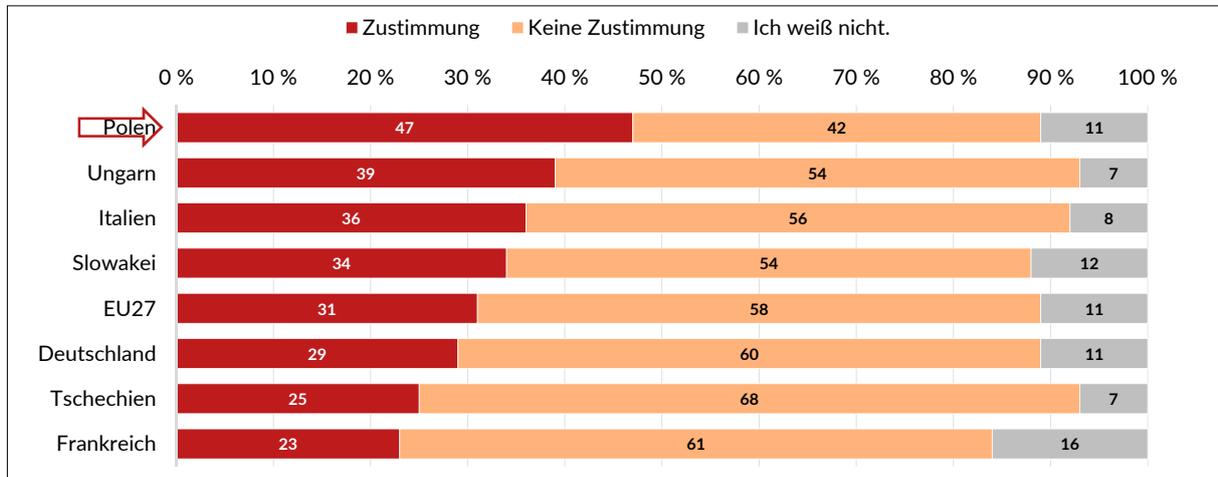
Quelle: European Commission: Special Eurobarometer 523: Corruption. March-April 2022. <https://www.europa.eu/eurobarometer>

Grafik 6: Korruptionsfälle auf höchster Ebene werden in unserem Land nicht ausreichend verfolgt (%)



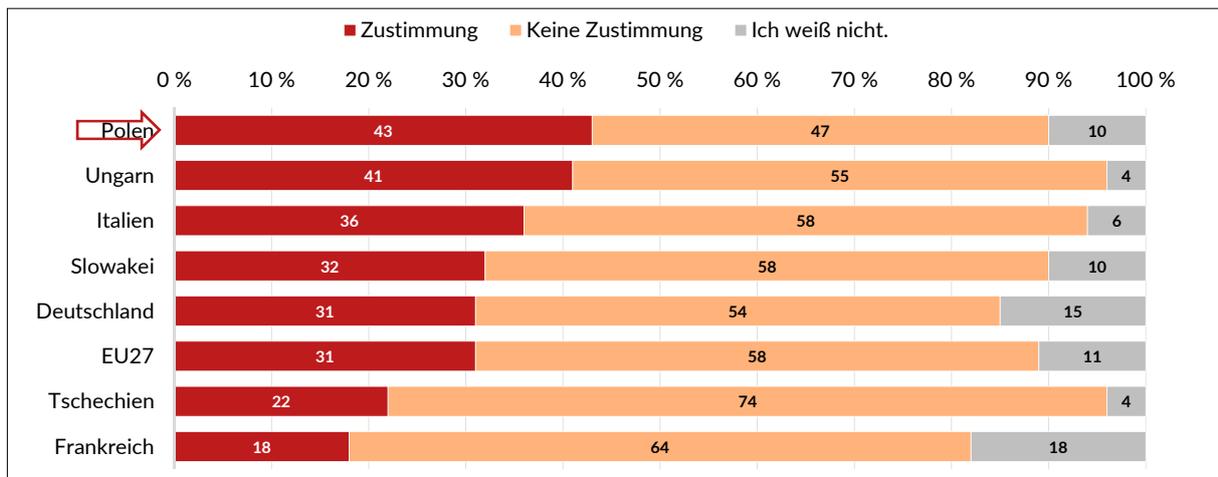
Quelle: European Commission: Special Eurobarometer 523: Corruption, March-April 2022. <https://www.europa.eu/eurobarometer>

Grafik 7: Die Parteienfinanzierung in unserem Land ist ausreichend transparent und überwacht (Februar/März 2022, %)



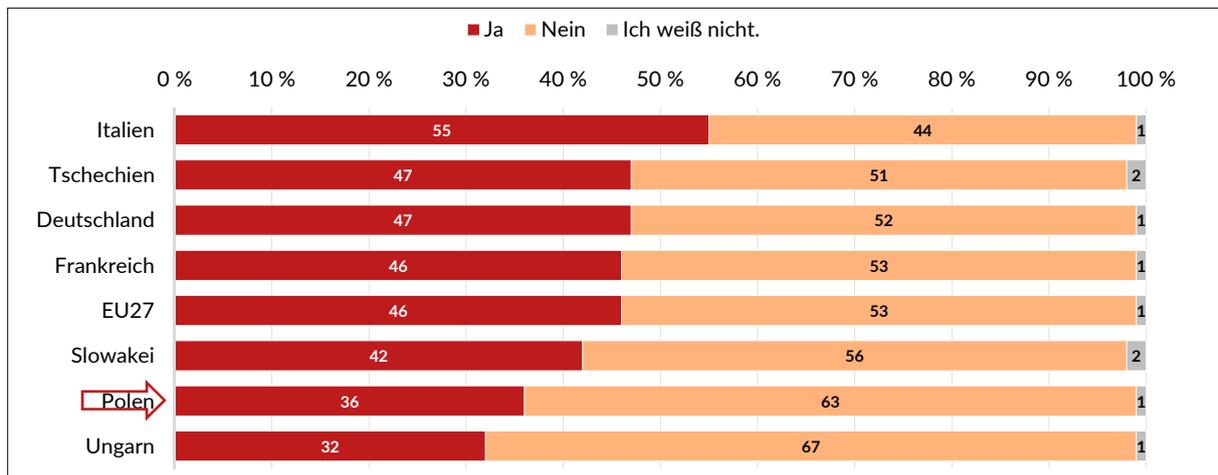
Quelle: European Commission: Special Eurobarometer 523: Corruption. March-April 2022. <https://www.europa.eu/eurobarometer>

Grafik 8: Die Bemühungen der Regierung unseres Landes, die Korruption zu bekämpfen, sind wirksam (Februar/März 2022, %)



Quelle: European Commission: Special Eurobarometer 523: Corruption. March-April 2022. <https://www.europa.eu/eurobarometer>

Grafik 9: Wenn Sie einen Korruptionsfall erleben würden oder Zeuge davon wären, wüssten Sie, wo Sie das melden könnten? (Februar/März 2022, %)



Quelle: European Commission: Special Eurobarometer 523: Corruption. March-April 2022. <https://www.europa.eu/eurobarometer>

Tabelle 1: Welche der genannten Gründe sind Ihrer Meinung die wichtigsten dafür, dass Korruptionsfälle nicht gemeldet werden? (Februar/März 2022, %)*

	Polen	Slowakei	Tschechien	Ungarn	Deutschland	Frankreich	Italien	EU27
Schwierigkeit, alles zu beweisen.	36	40	61	47	54	55	42	48
Es zu melden wäre sinnlos, denn die Verantwortlichen werden nicht bestraft.	24	34	36	36	26	21	33	30
Es gibt keinen Schutz für die, die Korruption melden.	24	30	29	22	23	28	31	28
Ich weiß nicht, wo ich es melden kann.	16	18	13	21	23	28	19	23
Jeder weiß von solchen Fällen und niemand meldet sie.	21	28	21	24	15	19	32	21
Niemand will einen anderen verraten.	28	19	12	19	27	23	10	20
Die, die Fälle melden, bekommen Schwierigkeiten mit der Polizei oder anderen Behörden.	23	30	33	13	20	16	17	19
Die Mühe des Meldens ist es nicht wert.	18	23	18	24	20	9	14	18
Anderer Grund (spontan)	0	0	0	0	1	0	0	0
Kein Grund (spontan)	0	0	0	0	3	2	1	1
Ich weiß nicht.	2	2	1	1	1	3	1	2

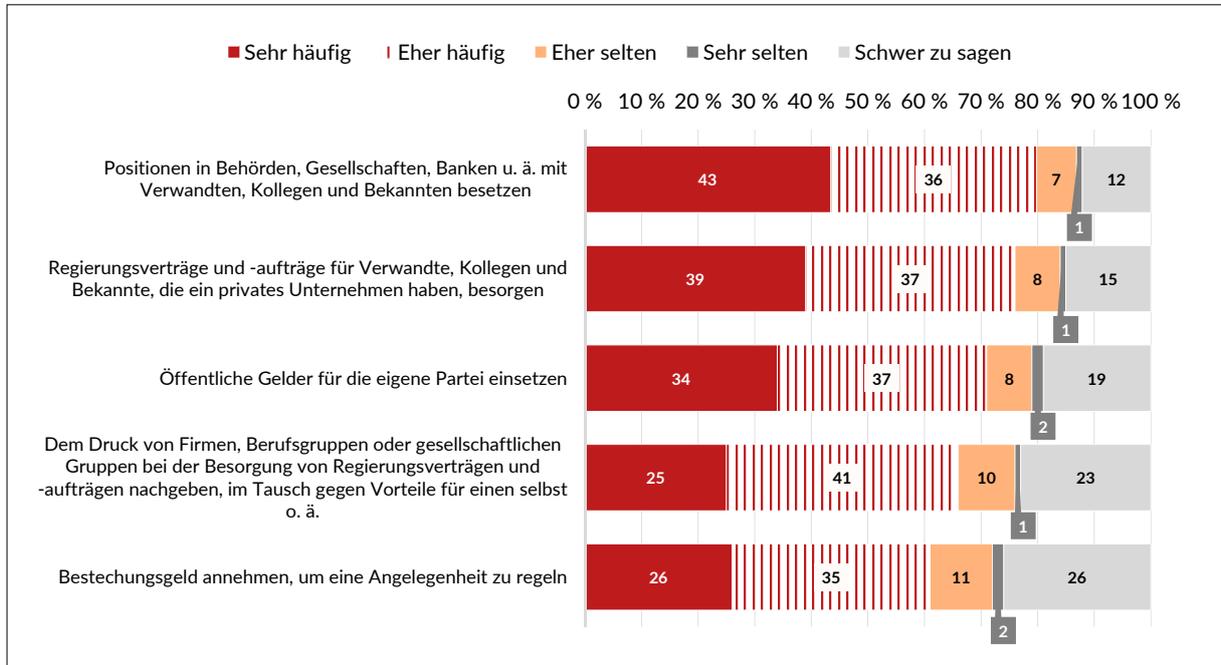
Quelle: European Commission: Special Eurobarometer 523: Corruption. March-April 2022. <https://www.europa.eu/eurobarometer>

Grafik 10: In welchen Bereichen tritt Korruption Ihrer Meinung nach am häufigsten auf (Polen, Oktober 2021, %)



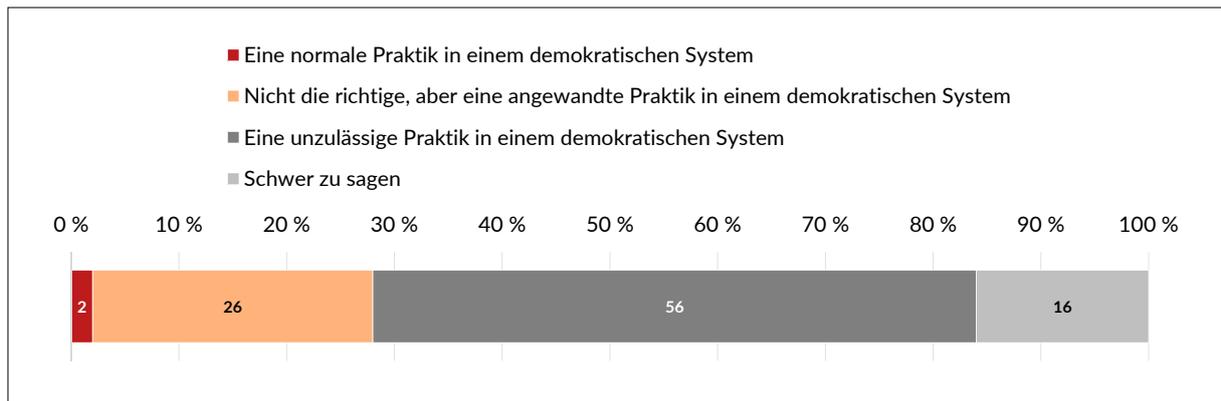
Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr. 151/2021: Różne barwy korupcji w Polsce [Verschiedene Farben der Korruption in Polen]. Warszawa 12/2021. www.cbos.pl

Grafik 11: Sind Ihrer Meinung nach unter hohen staatlichen Angestellten und Politikern die folgenden Situationen häufig oder selten? (Polen, Oktober 2021, %)



Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr. 151/2021: *Różne barwy korupcji w Polsce [Verschiedene Farben der Korruption in Polen]*. Warszawa 12/2021. www.cbos.pl

Grafik 12: Ist Ihrer Meinung nach der Erhalt von unterstützenden Stimmen im Sejm dadurch, dass anderen Gruppierungen attraktive Posten in der staatlichen Verwaltung oder in Gesellschaften des Staatsschatzes angeboten werden, ... (Polen, Oktober 2021, %)



Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr. 151/2021: *Różne barwy korupcji w Polsce [Verschiedene Farben der Korruption in Polen]*. Warszawa 12/2021. www.cbos.pl

CHRONIK

18. April – 15. Mai 2023

18.04.2023	Landwirtschaftsminister Robert Telus gibt auf einer Pressekonferenz nach Gesprächen mit der Wirtschaftsministerin und dem Landwirtschaftsminister der Ukraine bekannt, dass das von Polen verhängte Importverbot für landwirtschaftliche Produkte aus der Ukraine, u. a. Getreide, am 21. April aufgehoben wird. Die Transporte mit entsprechender Ladung sollen verplombt, mit einem elektronischen Überwachungssystem ausgestattet und durch Polen bis zu den Häfen bzw. zur Grenze eskortiert werden, um zu verhindern, dass die Produkte in Polen bleiben. Finanzminister Buda kündigt dazu eine Verordnung an, dass vom Transitweg durch Polen nicht abgewichen und die Produkte nicht in Polen in den Warenverkehr geleitet werden dürfen. Weiter kündigt Telus an, dass sein Ressort an Lösungen arbeite, um die zurzeit mit ca. vier Millionen Tonnen Getreide belegten Speicher vor der kommenden Ernte zu leeren. Der Lebensmittelimport aus der Ukraine, der infolge des russischen Angriffskrieges verstärkt in die Europäische Union gelenkt wurde, hat in Polen Proteste der Landwirte wegen Preisdumping hervorgerufen. Die Proteste dauern noch an.
19.04.2023	Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nimmt auf Einladung von Präsident Andrzej Duda gemeinsam mit dem israelischen Präsidenten Isaac Herzog an der Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag des Aufstands im Warschauer Ghetto teil. In seiner Rede am Denkmal der Helden des Ghettos bittet Steinmeier um Vergebung für die Verbrechen, die Deutsche während des Zweiten Weltkrieges dort begangen haben. Er dankt für die Versöhnung, die Deutschland von Polen und Israel zuteil wird und die die tiefe Freundschaft zwischen Deutschland und Polen sowie Israel möglich gemacht hat. Steinmeier verurteilt den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Mit der humanitären, politischen und militärischen Unterstützung für die Ukraine werde Deutschland seiner Verantwortung für die Verteidigung von Frieden und Freiheit gerecht.
20.04.2023	Das Außenministerium teilt mit, dass sich Polen an 23 US-amerikanische Think Tanks gewandt hat, um um Unterstützung für Polens Entschädigungsforderungen gegenüber Deutschland zu werben. Außerdem seien die polnischen diplomatischen Vertretungen in den USA angewiesen worden, das gleiche unter Vertretern der Wissenschaft sowie des US-Kongresses zu tun. Das Ziel sei es, dass der US-Senat und das Repräsentantenhaus eine Resolution verabschieden, mit der die Bundesregierung aufgerufen wird, auf Grundlage eines Vertrages zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland Entschädigungen für die Verluste, die Polen von Deutschland zwischen 1939 und 1945 zugefügt wurden, zu zahlen. Die unregelmäßige Entschädigungsfrage wirke sich negativ auf das deutsch-polnische Verhältnis aus und sei ein Präzedenzfall, der im aktuellen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine dazu ermuntere, Kriegsverbrechen, Morde und Raub zu begehen. Polen gibt die Höhe der erlittenen Schäden und Verluste mit 1.532.170 Mio. US-Dollar an.
21.04.2023	Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius sagt am Rande des Treffens der Ukraine-Kontaktgruppe in Ramstein, er habe zusammen mit dem polnischen und dem ukrainischen Verteidigungsminister, Mariusz Błaszczak und Olesij Resnikow, eine Absichtserklärung über die Einrichtung eines Wartungs- und Reparaturstandorts für Leopard-Kampfpanzer des Typs 2A4 und 2A6 nahe der polnisch-ukrainischen Grenze unterzeichnet. Die Kosten könnten sich auf 150 bis 200 Mio. Euro jährlich belaufen. Der sog. Hub werde die Arbeit bereits Ende Mai aufnehmen können, stellt Pistorius in Aussicht.
23.04.2023	Jacek Sasin, Minister für Staatliche Aktiva, kündigt die Einrichtung eines neuen Militärstützpunktes der polnischen Streitkräfte in Augustów (Woiwodschaft Podlachien/województwo podlaskie) an. Augustów liegt im Gebiet der sog. Suwalki-Lücke um die polnisch-litauische Grenze herum, die für die NATO-Staaten die einzige Landverbindung zu den baltischen Staaten darstellt. Die Grenze trennt außerdem die russische Oblast Kaliningrad von Belarus.
24.04.2023	Der Journalistengesellschaft (Towarzystwo Dziennikarskie) wirft dem Vorsitzenden des Landesrundfunk- und Fernsehates (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji – KRRiT), Maciej Świrski, in einem Brief einen »offenen Anschlag auf das freie Wort und versuchte Zensur« vor. Der Hintergrund ist, dass Świrski drei Strafverfahren gegen den unabhängigen Fernsehsender TVN 24 eingeleitet hat. Sie betreffen die Reportagen »Franciszkańska 3« (über Missbrauchsvorwürfe in der katholischen Kirche) und »Siła kłamstwa« (über die Ursachen des Flugzeugunglücks von Smolensk) sowie ein Interview mit Barbara Engelking, der Leiterin des Zentrums zur Erforschung des Holocaust an der Polnischen Akademie der Wissenschaften (Polska Akademia Nauk – PAN). Der Journalistenverband stellt in seinem Brief klar, dass er einen Zusammenhang zwischen dem Auslaufen der Sendeerlaubnis von TVN im April 2024 und dem vom KRRiT ausgeübten Druck auf den US-amerikanischen Eigentümer des Senders sieht, mit dem Ziel, die Recherchearbeit der Journalisten und ihre Kritik an der Regierung einzudämmen. Der KRRiT erteilt die Sendekonzessionen; Świrski hat Verfahren auch gegen andere Sender wie Radio ZET oder TOK FM eingeleitet.

25.04.2023	Auf einer Pressekonferenz nach seinem Treffen mit der Ministerpräsidentin von Estland, Kaja Kallas, in Warschau kündigt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki an, dass Polen in diesem Jahr den tragbaren Flugabwehrraketensatz Piorun an die estnischen Streitkräfte liefern wird.
26.04.2023	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak kündigt bei einem Besuch des Rüstungsunternehmens Bumar-Łabędy in Gleiwitz (Gliwice) an, dass dort ein Wartungs- und Reparaturstandort für Leopard 2-Kampfpanzer eingerichtet wird. Er werde voraussichtlich ab Mai die Arbeit aufnehmen. Auf dem Treffen der Ukraine-Kontaktgruppe am 21. April haben Błaszczak, der Verteidigungsminister der Ukraine, Oleksij Resnikow, und der deutsche Verteidigungsminister, Boris Pistorius, eine Absichtserklärung über die Kooperation für einen solchen »Hub« unterzeichnet. Bumar-Łabędy gehört zum Polnischen Rüstungskonzern (Polska Grupa Zbrojeniowa – PGZ).
27.04.2023	Das Verteidigungsministerium teilt mit, dass in einem Wald bei Bydgoszcz Teile eines noch nicht identifizierten militärischen Flugobjekts gefunden wurden. Für die Anwohner bestehe keine Gefahr. Justizminister Zbigniew Ziobro gibt bekannt, dass die Kreisstaatsanwaltschaft Danzig (Prokuratura Okręgowa w Gdańsku) Ermittlungen aufgenommen hat.
27.04.2023	Auf den Internetseiten von ca. 200 lokalen Zeitungen erscheint an prominenter Stelle der Slogan »Die Propagandamedien der kommunalen Selbstverwaltung zerstören die lokale Demokratie.« (»Propagandowe media samorządowe niszczą lokalną demokrację.«) bzw. wird in den Printausgaben dieser Woche publiziert. Der Protest wird vom Verband der Lokalzeitungen (Stowarzyszenie Gazet Lokalnych) und dem Verband der lokalen Medien (Stowarzyszenie Mediów Lokalnych) organisiert. Er richtet sich gegen einseitige, verfälschende Berichterstattung in den Zeitungen, Internetportalen, Radio- und Fernsehsendern, die von regierungsfreundlich eingestellten Kommunen unterhalten werden.
28.04.2023	Stanisław Żaryn, Regierungsbeauftragter für Informationssicherheit, warnt vor verstärkter russischer Propaganda, deren Ziel es sei, den guten Ruf Polens und seine Hilfe für die von Russland angegriffene Ukraine zu schädigen. Polen werde u. a. unterstellt, dass es sein einstiges Imperium wiedererlangen wolle und eine Vormachtstellung anstrebe. Opfer der polnischen Ambitionen würden die Ukraine und andere Nachbarländer Polens werden. Die russische Propaganda zeichne das aggressive Bild, dass Polen angeblich Söldner in die Ukraine schicke, um den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine aufrechtzuerhalten.
03.05.2023	Auf dem Parteitag von Solidarisches Polen (Solidarna Polska) in Warschau verkündet Parteichef Zbigniew Ziobro die Änderung des Parteinamens in Souveränes Polen (Suwerenna Polska). In seiner Rede weist Ziobro auf zwei aktuelle Gefahren für die Souveränität Polens hin, zum einen der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Polen unmittelbar gefährden könne, zum anderen »linke Fanatiker« in Westeuropa, die das Projekt der Umwandlung der Europäischen Union in einen föderalen Staat unter deutscher Führung vorantreiben würden.
04.05.2023	Anna Moskwa, Ministerin für Klima und Umwelt, und Yasutoshi Nishimura, Minister für Wirtschaft, Handel und Industrie Japans, unterzeichnen ein Memorandum über die Zusammenarbeit im Bereich der Wasserstoffproduktion.
05.05.2023	Nach einem Treffen mit US-Verteidigungsminister Lloyd Austin in Washington teilt Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak mit, dass die US-Streitkräfte Polen aus eigenen Beständen acht AH-64 Apache Kampfhubschrauber zur Verfügung stellen werden, noch bevor der polnisch-US-amerikanische Vertrag über den Kauf von 96 dieser Hubschrauber unterzeichnet ist. Für den Vertragsabschluss bedarf es noch der Zustimmung des US-Kongresses und -Außenministeriums.
07.05.2023	Das Außenministerium veröffentlicht eine Erklärung, in der festgestellt wird, dass Polen das Prinzip der Einstimmigkeit bei Abstimmungen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union entschieden verteidigen wird. Am Vortag hat sich die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, vor dem Europäischen Parlament in Straßburg dafür ausgesprochen, das Prinzip der Einstimmigkeit bei Schlüsselentscheidungen des Rates der Europäischen Union aufzuheben und die EU-Verträge entsprechend zu ändern.
09.05.2023	Der Generalsekretär von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Krzysztof Sobolewski, kritisiert in einem Radiointerview im Sender Polskie Radio 1 den Tweet von Bundeskanzler Olaf Scholz am Vortag aus Anlass des 78. Jahrestags der Kapitulation Deutschlands. Scholz schrieb dort: »Vor 78 Jahren wurden Deutschland und die Welt von der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus befreit [...]«. Sobolewski sagt, der Tweet zeige deutschen Hochmut und Unverschämtheit. Er suggeriere, dass Deutschland von den Nationalsozialisten besetzt worden sei, jedoch sei das diktatorische nationalsozialistische System 1933 auf demokratische Art und Weise herbeigeführt worden.

10.05.2023	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki teilt mit, dass er von dem Fund nicht identifizierter Teile eines militärischen Flugobjekts in einem Wald in der Nähe von Bydgoszcz in den Tagen erfahren habe, als die Nachricht an die Öffentlichkeit (27. April) gelangt ist. Wie jetzt bekannt wurde, waren die polnischen Streitkräfte über den Vorfall bereits am 16. Dezember 2022 von den ukrainischen Streitkräften informiert worden. Dem Vernehmen nach kann es sich um Teile einer russischen Rakete handeln.
11.05.2023	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak gibt auf einer Pressekonferenz Untersuchungsergebnisse zu den am 27. April in einem Wald in der Nähe von Bydgoszcz gefundenen Teilen eines militärischen Flugobjekts bekannt. Am 16. Dezember 2022 habe die Ukraine die zuständige Stelle der polnischen Streitkräfte informiert, dass sich ein nicht identifiziertes Flugobjekt Polen nähere und es sich um eine russische Rakete handeln könne. Daraufhin seien die vorgesehenen Maßnahmen in den polnischen Streitkräften eingeleitet worden, die von General Tomasz Piotrowski auf der Führungsebene jedoch nicht zu Ende geführt worden seien. Piotrowski wird vorgeworfen, die Suche nach dem Objekt nach wenigen Tagen eingestellt und über den Vorfall weder den Verteidigungsminister noch andere vorgesehene Stellen informiert zu haben. Entscheidungen über eventuelle disziplinarrechtliche oder personelle Konsequenzen stünden noch aus, so Błaszczak. Er dementiert außerdem Informationen der Medien, dass er die Suche nach den abgestürzten Teilen selbst verhindert haben soll.
12.05.2023	Im Gesetzesblatt wird die Einsetzung eines Regierungsbeauftragten für polnisch-ukrainische Entwicklungszusammenarbeit veröffentlicht. Er soll die Unterstützung und Aufbauarbeit in der Ukraine, die sich in einem Angriffskrieg vonseiten Russlands befindet, koordinieren. Der Beauftragte soll den Rang eines Staatssekretärs oder Unterstaatssekretärs haben. Zurzeit verzeichnet die Regierung 57 Beauftragte verschiedener Ressorts.
13.05.2023	Das Verteidigungsministerium teilt mit, dass am Vorabend im polnischen Luftraum ein Flugobjekt aus Richtung Belarus kommend gesichtet wurde. Es handle sich vermutlich um einen Beobachtungsballon. In der Nähe von Bydgoszcz habe das polnische Radarsystem den Kontakt verloren. Vizeinnenminister Błażej Poboży sagt in einem Gespräch mit TVN 24, das sei bereits der zweite beobachtete Ballon innerhalb weniger Stunden. Der erste habe den polnischen Luftraum wieder verlassen.
14.05.2023	In Warschau endet der zweitägige Parteitag von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), auf dem das Wahlprogramm für die Parlamentswahlen im Herbst vorgestellt wird. Das Kindergeldprogramm »500 +« soll auf 800 Zloty aufgestockt und Medikamente bis zum 18. und ab dem 65. Lebensjahr kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Autobahnmaut für staatliche Autobahnen soll aufgehoben und das Steuersystem vereinfacht werden. Außerdem sollen zwei Investitionsprogramme für die Kommunen fortgeführt und ein Programm zur Erhaltung von Baudenkmalern aufgelegt werden.
15.05.2023	Nach neuesten Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug die Inflationsrate im April 14,7 % im Vergleich zu April 2022 und 0,7 % im Vergleich zu März 2023. Die höchste Teuerung gab es bei Lebensmitteln und alkoholfreien Getränken.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2023 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>